

## „Mehr Demokratie wagen“ – aber wie?

### Einleitung zum Schwerpunkt

von Folke Deters, Cordula Drautz, Michael Reschke und Thilo Scholle



Foto: www.fotolia.com, © moramora

Wer hätte gedacht, dass nach den monatelangen Protesten, der gescheiterten Mediation, dem Aufkommen des „Wutbürgers“ zum Ausdruck und Identifikationsfigur heutiger demokratischer Krisenphänomene und dem „Sturz“ des konservativen Stammlandes Baden-Württembergs durch einen grünen Ministerpräsidenten als höchsten Partner im Ländle gegen Stuttgart 21 eben jenes Projekt bei der Volksabstimmung Ende November nicht nur im Bundesland insgesamt, sondern auch in Stuttgart selbst mit rund 53 zu 47 Prozent das Wohlwollen der Bevölkerung erfahren und die parlamentarische Beschlusslage letztlich bestätigt werden würde<sup>1</sup>. Der Unterschied zwischen gefühlter sowie realer gesellschaftlicher Mehrheit fiel wohl selten weiter auseinander.

### Unübersichtlichkeit und Widersprüche

Es soll hier nicht um das Für und Wider Stuttgart 21 gehen. Vielmehr verdeutlichen die Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 nicht nur die abgenommene Integrationskraft kollektiver Lösungen und kollektiver Akteure in

Deutschland – aber auch den „entwickelten“ Demokratien insgesamt – sondern sie repräsentieren ebenso sehr eine neue Unübersichtlichkeit hinsichtlich der gesellschaftlichen Interessenartikulation und –repräsentanz, die nicht nur Akteure wie Parteien in ihrem Handeln beschäftigen sondern ebenso sehr das Institutionengefüge berühren. Letzteres insbesondere in der populären und auch aus linken Zusammenhängen vielfach gestellten Forderung nach mehr direkter Demokratie - auch von Seiten der SPD<sup>2</sup>. Und diese Forderung ist nicht einmal programmatisch falsch. Nicht zuletzt angesichts der Erfahrungen mit der Volksabstimmung zur Primarschule in Hamburg sind aber zumindest große Fragezeichen hinter einem gegenwärtigen Schub direkter Demokratie zu setzen, um im Ergebnis nicht ein Mehr an Polarisierung zu erhalten. Dort haben die abgrenzungswilligen oberen Mittelschichten und Oberschichten mit dem Instrumentarium direkter Demokratie ihre politischen Ressourcenvorteile machtpolitisch realisiert und konnten diese letztlich anhand der Ablehnung längerer gemeinsamen Lernens sozial absichern.

<sup>1</sup> Vgl. <http://www.swr.de/nachrichten/bw/-/fid=1622/nid=1622/did=8923240/2cpnnh/index.html> (letzter Aufruf 14.12.2012).

<sup>2</sup> [http://www.spd.de/linkableblob/21830/data/beschluss\\_demokratie\\_lang.pdf](http://www.spd.de/linkableblob/21830/data/beschluss_demokratie_lang.pdf)

## Demokratie unter Stress

Institutionen und Akteure der Demokratie scheinen, und dies über den deutschen Fall hinaus, unter besonderem Stress zu stehen. Die These der Postdemokratie nach Colin Crouch<sup>3</sup>, demnach zwar formal Wahlen abgehalten werden würden, faktisch die Demokratie aber ausgehöhlt sei, da auch in den Industrienationen sich mittlerweile ökonomische Macht ungebremst in politische Macht übersetze, gehört mittlerweile zum festen Kanon der Demokratietheorien der Gegenwart. Diese Krisenphänomene sind dabei auch notwendige Folgen eines ungezügelter Finanzmarktkapitalismus und der Ideologie des Neoliberalismus, die sowohl die Voraussetzungen von Demokratie (Anstieg sozialer Ungleichheit und erhöhter Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft), die politische Kultur (Primat der Märkte und TINA-Prinzip) und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse (zugunsten Kapitalbesitzer und Finanzmarktakteure) nachhaltig in den letzten drei Jahrzehnten zu Ungunsten von Demokratie prägen.

## Wie und mit wem heute mehr Demokratie wagen?

Diese Bestandsaufnahme muss die politische Linke und insbesondere die Sozialdemokratie in Unruhe versetzen. Schließlich war sie in ihrer Geschichte wiederholt tragender Teil der Demokratiebewegung. Demokratische Ordnungen sind Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Ausdruck von Kräfteverhältnissen. Eines war progressiven Kräften dabei stets klar: die notwendige Verbindung der Sozialen Frage mit der Frage nach Macht und Herrschaft, nach Demokratie. Dass hier auch die SPD nach den neoliberalen Anlehnungen in den letzten Jahren – insbesondere hinsichtlich ihrer Sozialstaatspolitiken – Aufarbeitungsbedarf hat, scheint mittlerweile breit geteilt. Gleichzeitig stellt sich die Frage nach progressiven Allianzen, nach BündnispartnerInnen nicht nur auf Ebene der Parteien

sondern auch gesamtgesellschaftlich. Bei allen Verbindungen zu etablierten Akteuren ist doch eine globale Entwicklung interessant: die der Jugendbewegungen. Sei es Occupy in den USA und Europa, seien es die „Indignados“ in Spanien oder Griechenland: das Unbehagen an der Postdemokratie, die Repolitisierung nur scheinbar individueller Problemlagen wie Arbeitslosigkeit und die zunehmende soziale Polarisierung werden wieder auf die Straße gebracht<sup>4</sup>. Dass diese Bewegungen ein ambivalentes bis ablehnendes Verhältnis zu Großparteien auch und vielleicht gerade gegenüber der politischen Linken haben, weist umso mehr auf Repräsentationsprobleme etablierter linker Akteure hin. Und dass sie in sich zutiefst heterogen sind und nicht selten ohne explizite Programmatik auskommen, befördert die gegenwärtige Unübersichtlichkeit vermutlich. Gleichwohl sind sie aber ein hoffnungsvolles Zeichen, brechen sie doch mit zwei Trends der neoliberalen Dekaden: Sie stehen für Solidarisierung und Politisierung.

Ein weiterer Hoffnungsschimmer speist sich aus dem „arabischen Frühling“. Das Streben nach Demokratie und politischer Selbstbestimmung haben auch die so scheinbar stabilen autoritären Regime Nordafrikas nicht auf Dauer unterdrücken können. Auch hier zeigt sich ein bemerkenswertes Phänomen. Während in den etablierten Demokratien des Westens über Krisen der Demokratie gesprochen wird, ist ihre Anziehungskraft in anderen Teilen der Welt ungebrochen. Ebenso gilt dies für die Relevanz der Demokratie in den Auseinandersetzungen um das politische „Erfolgsmodell“ der Zukunft. Schließlich ist mit dem autoritären „Modell China“ ein aufstrebender Konkurrent vorhanden.

## Beiträge des Schwerpunkts

Auseinandersetzungen mit Gefährdungen und Chancen gesellschaftlicher Demokratisierung finden seit jeher in der spw statt<sup>5</sup>.

<sup>4</sup> Siehe auch das Interview mit Dr. Annette Ohme-Reincke zu Occupy! in dieser Ausgabe.

<sup>5</sup> Erinnert sei hier nur an den umfangreichen Schwerpunkt Wirtschaftsde-

<sup>3</sup> Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Der vorliegende Schwerpunkt versteht sich bewusst breit. Er möchte angesichts der geschilderten Unübersichtlichkeit Orientierung verschaffen, Möglichkeitsräume der gesellschaftlichen Demokratisierung ausloten und politische Ansatzpunkte aufzeigen. Zustand und Entwicklung der (Parteien-)Demokratie, die demokratische Verfasstheit Europas und Wirtschaftsdemokratie sind die drei Themenkomplexe denen sich die Einzelbeiträge des Schwerpunktes dabei widmen.

*Christian Krell* zeichnet in seinem Beitrag die Debatte um Demokratie in Deutschland nach. Entlang der von ihm konstatierten Herausforderungen Entpolitisierung, Entgrenzung, Ungleichheit, den Grenzen repräsentativer Demokratie und dem Ansehens- und Mitgliederverlusten der Parteien argumentiert er entlang der Voraussetzungen einer demokratischen Ordnung für ein Mehr an Gleichheit, Bildung und Europa.

Der Herausforderung politischer Repräsentation zwischen direkter und indirekter Demokratie widmen sich *Thilo Scholle*, *Jan Schwarz* und *Sascha Vogt*. Dabei identifizieren sie ein Spannungsverhältnis aus solidarischen und individualistischen linken Orientierungen und machen aufmerksam auf die soziale Selektivität direktdemokratischer Verfahrensweisen. Ihr Ansatz orientiert sich an kollektiv orientierten Interessensallianzen verschiedener Akteure, deren Grundlage die Repolitisierung des Politischen sei.

*Sebastian Hartmann* und *Folke große Deters* fordern in ihrem Beitrag eine demokratische Neugründung Europas und möchten den Fehler in der Startprogrammierung der Europäischen Union, nämlich vorrangig am Wesen eines Zweckverbandes orientiert zu sein, korrigieren und durch tatsächliche „Vereinigte Staaten von Europa“ ersetzen.

demokratie (spw 180) oder an den Beitrag zur partizipativen Demokratie von spw-Mitherausgeber Horst Peter im Sonderteil „SPD erneuern“ der letzten spw (186).

Insbesondere in Folge der zwanghaften Austeritätspolitik der EU gegenüber Griechenland konstatiert *Gregor Kritidis* eine Krise des dortigen Parlamentarismus. Die sich offenbarenden Legitimationsprobleme erfahren darüber hinaus einen massiven Vertrauensentzug und Proteste der Bevölkerung.

*Walther Müller-Jentsch* versucht in seinem bewusst zugespitzten Beitrag die Debatte um Wirtschaftsdemokratie gewissermaßen „vom Kopf auf die Füße“ zu stellen und plädiert für eine stärkere Orientierung an gegebenen, konkreten Möglichkeitsräumen entlang der Mitbestimmung im Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft.

Eine Verbindung aus sozialistischer Theorie und konkreter Fallorientierung wiederum zeigt *Ole Erdmann* in seiner Analyse und Darstellung des Falls Hoppmann auf. Entlang der Eigentumsfrage ist es dort gelungen, einen Baustein einer alternativen, demokratischen Form des Wirtschaftens zu realisieren.

Demokratie – und das programmatische Verständnis des Demokratischen Sozialismus ohnehin – sind prozessual angelegt. Gleichwohl sind doch gerade dies angesichts des brüchigen Neoliberalismus, der zunehmend gestellten Systemfrage gegenüber dem Kapitalismus und der Sinnfrage der EU Zeiten, in denen die Sollbruchstellen des alten Gefüges zunehmen und sich die Frage nach Autoritarismus oder Demokratie verstärkt stellt. Bei aller Dynamik der Ereignisse hat das traditionelle Primat der Demokratisierung der Gesellschaft seine Berechtigung und seine Unverrückbarkeit im Zentrum programmatischen und strategischen Denkens einer modernen Linken umso mehr verdient. ■

☞ *Cordula Drautz* ist Politikwissenschaftlerin, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin.

☞ *Folke große Deters* ist Vorsitzender der SPD Rheinbach und promoviert zur Demokratietheorie am rechtsphilosophischen Seminar der Universität Bonn.

☞ *Michael Reschke* ist Chefredakteur der spw.

☞ *Thilo Scholle* ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.